polizeilichen Bildaufzeichnung bei Versammlungen und im öffentlichen Raum, insbesondere aber der Rasterfahndung in Zukunft angewendet werden sollten. Gegenüber der ausführlichen Darstellung der Eingriffstatbestände gerät allerdings die Frage etwas in den Hintergrund, inwieweit die Subsumtion biometrischer Verfahren unter diese Tatbestände tatsächlich zulässig ist. Angesichts der Tatsache, dass dem Gesetzgeber diese Verfahren bei der Verabschiedung der jeweiligen Norm unbekannt waren und sie eine besondere Eingriffstiefe aufweisen, dürfte es zumindest zweifelhaft sein, ob etwa der Zugriff auf betriebliche biometrische Referenzdatenbanken auf die sehr weiten polizeirechtlichen Ermächtigungsgrundlagen zur Rasterfahndung gestützt werden könnte.

Der verfassungsrechtliche Teil des Buches beginnt mit der Betrachtung der Gesetzgebungskompetenz. Diese befasst sich nur mit der deutschen Kompetenzordnung, die Zuständigkeiten der Europäischen Union und internationaler Organisationen wie der ICAO fehlen. Das mag im Rahmen einer rein nationalrechtlichen Untersuchung konsequent sein, angesichts der Tatsache, dass die nationale Gesetzgebung zumindest im Bereich der Identitätspapiere entweder wegen des Vorrangs des Europarechts nicht zum Zuge kommt (Pass) oder im Abschreiben der EU-Verordnung zum Pass bestehen wird (Personalausweis), entsteht so aber ein schiefes Bild der tatsächlichen Kompetenzen.

Im Rahmen der staatlichen Schutzpflicht erörtert Meuth die Probleme der Eignung der Biometrie hinsichtlich Merkmalsauswahl, Fehlerraten, Langzeitstabilität, Sicherheitsanforderungen und zentralen Datenbanken und bejaht die Eignung aufgrund des weiten Einschätzungsspielraums des Staates. Ein Verstoß gegen die Menschenwürdegarantie wird für die deutschen Pass- und Personalausweisinhaber bei Verwendung von Templates verneint, hinsichtlich der weiten Nutzungsbefugnis in § 78 Abs. 5 AufenthG angesichts der Eingriffstiefe und dem großen Kreis der Betroffenen bejaht. Leider beschränkt sich Meuth im Folgenden mehrfach auf die Aussage, ein verfassungsrechtliches Urteil könnte erst nach Verabschiedung bereichsspezifischer Ausführungsgesetze gefällt werden. Hier hätte sich der Leser die Benennung verfassungsrechtlicher Kriterien für diese Gesetze gewünscht.

Erfreulich deutlich sind demgegenüber die Forderungen nach Verwendung von Templates, kryptographischen Absicherungen, Verbesserung der Fehlerraten, Rückfallsystemen und dem Verbot einer Beweislast-

umkehr zulasten der Betroffenen. Das Verlangen, im Rahmen von Polizeikontrollen dürften biometrische Ausweisdaten nur ausgelesen werden, wenn Anhaltspunkte gegen die Besitzberechtigung oder Echtheit sprächen, wird sich allerdings in der Praxis kaum durchsetzen. Wird schließlich der Einsatz von Volldatensätzen bei Identitätspapieren unter allen Umständen für verfassungswidrig erklärt, so wäre die Anwendung dieser Aussage auf die neuen Reisepässe konsequent gewesen, die aus den bekannten Interoperabilitätsgründen Volldatensätze des Gesichtes speichern.

Wie schon im ersten Teil lesen sich auch die verfassungsrechtlichen Erörterungen zu den allgemeinen Identifizierungsbefugnissen der Polizeibehörden sehr interessant, auch wenn der Autorin hier bei der Erörterung allgemeiner Rechtsfragen der polizeirechtlichen Identifizierung, Videoüberwachung und Rasterfahndung bisweilen der Focus auf die Biometrie etwas abhanden kommt. Das Ergebnis, eine „Durchrauterung“ privater und hoheitlicher biometrischer Datenbanken sei auch verfassungsrechtlich unter bestimmten Voraussetzungen nicht zu beanstanden, ist aus Sicht des Rezensenten überaus kritisch zu hinterfragen; das schmälert den Wert der Untersuchung jedoch selbstverständlich nicht. Insgesamt mögen diejenigen, die nach einer umfassenden, grund- und datenschutzrechtlichen Diskussion der Biometrie suchen, an anderer Stelle besser bedient sein. Wer sich jedoch für die polizeirechtliche Perspektive der hoheitlichen Identifizierung – unter Einschluss der Biometrie – interessiert, wird Meuths Buch mit Gewinn lesen.

Gerrit Hornung

Robert, Martine; Giraudy, Erol: Le guide juridique du portail Internet/Intranet, Verlag ESKA, Paris 2005, ISBN 2-7472-0699-8, 512 Seiten, Euro 45,00

Bezüglich der Entwicklung der Aktienkurse von Internet-Unternehmen und der Anzahl der Bücher zum Internetrecht besteht eine gewisse Korrelation: Während zu Zeiten des Internet-Booms eine Vielzahl von Monographien erschienen ist, veröffentlichen die Verlage derzeit nur noch wenige Publikationen. Bei unserem Nachbarn Frankreich ist die Lage auf dem Internet-Buchmarkt noch zugespitzter als bei uns. Wer sich über den letzten Stand des französischen Internetrechts informieren will, hat nur die Wahl zwischen zwei Büchern: Neben dem Werk von Robert/Giraudy gibt es lediglich das Büchlein von Jacques Larrieu, *Droit de l'Internet*, Verlag ellipses (2005). Das Buch von Ro-

bert/Giraudy ist nicht nur wesentlich umfangreicher als das Konkurrenzwerk, es verfolgt auch ein anderes Ziel. Während Larrieu für Juristen schreibt, wenden sich Robert/Giraudy an Praktiker ohne Vorkenntnisse, die für ihr Unternehmen eine Internetpräsenz schaffen wollen.

In der Einführung werden die Grundzüge des französischen Gewerblichen Rechtsschutzes, des Urheberrechts, des Presserechts sowie die wichtigsten Strafrechtsnormen mit Internetbezug skizziert. Daran schließen sich Kapitel über die verschiedenen Domain-Arten, die technischen und rechtlichen Aspekte der Schaffung einer Homepage und über die rechtlichen Besonderheiten bei Fernabsatz- sowie bei Providerverträgen an. Außerdem erörtern die Autoren die arbeitsrechtlichen Rahmenbedingungen, welche die Nutzung des Internets in Betrieben regulieren. Dabei gehen sie auch relativ ausführlich allgemein auf das kollektive Arbeitsrecht ein, wobei hier dem französischen Zielpublikum vieles schon bekannt sein dürfte, dem ausländischen Leser wird das Verständnis der Internetspezifika dadurch aber sehr erleichtert. Ferner werden die Vergabe der „.fr“-Top-level-Domains durch die AFNIC, das Datenschutzrecht und die Datensicherheit (vor allem unter technischen Aspekten) behandelt. Das Kapitel über das wohl wichtigste Gesetz zum Internetrecht in Frankreich, nämlich die „Loi sur l'économie numérique (LEN) vom 21. Juni 2004“, beschränkt sich im Wesentlichen auf die wörtliche Wiedergabe des Gesetzestextes.

Dieses Verfahren wurde in abgeschwächtem Maße auch bei den anderen Kapiteln angewandt: Wichtige Paragraphen geben die Autoren im Wortlaut wieder. Damit ersparen sie insbesondere dem Leser im Ausland, der im Regelfall nicht über entsprechende Gesetzessammlungen verfügt, die zeitaufwendige Suche nach Gesetzestexten im Internet.

Auf den S. 253 bis 433 findet sich ein Anhang mit diversen Texten (Gesetze und Verordnungen, Regeln zur Vergabe der .fr-Domains u.a.). Dem folgten eine Sammlung wichtiger Internetadressen und ein Glossar. Ein umfangreiches Stichwortverzeichnis beschließt das Buch.

Insgesamt ein Werk, dessen Lektüre (nicht nur) jedem am französischen Internetrecht Interessierten wärmstens empfohlen werden kann. Dieses Buch erschließt dem deutschen Leser auf leicht verständliche Weise die für ihn fremde Rechtsmaterie, ohne dass er auf weitere Literatur oder separate Gesetzestexte zurückgreifen muss.

Joachim Gruber